

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Neumeister, Biehle, Damm, Löher, Stahlberg, Würzbach, Dr. Hammans, Lampersbach, Frau Hoffmann (Hoya) und der Fraktion der CDU/CSU

Zahnmedizinische Versorgung der Bundeswehr

In zunehmendem Maße wird Klage darüber geführt, daß eine ausreichende zahnmedizinische Versorgung der Bundeswehr, insbesondere auch im Notfall, nicht gewährleistet ist.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß seit über einem Jahr mehr als 50 zahnärztliche Behandlungstühle der Bundeswehr auf Grund des Mangels an Zahnärzten als Sanitätsoffiziere nicht benutzt werden, das erforderliche Hilfspersonal – Helferinnen und Zahnarzthelfer – jedoch vorhanden ist?
2. Wie hoch ist die Zahl der erforderlichen Stellen für Zahnärzte im Sanitätsdienst der Bundeswehr, und wieviel Stellen sind davon unbesetzt?
3. Wie hat sich die Zahl der für den Sanitätsdienst zur Verfügung stehenden Zahnärzte in den vergangenen Jahren entwickelt?
4. Wie wird das zahnärztliche Hilfspersonal bei den nicht besetzten Zahnstationen beschäftigt?
5. Durch wen wurden die zahnkranken Soldaten in diesen Einheiten behandelt?
6. Welche Kosten sind dem Steuerzahler im Jahre 1979 dadurch entstanden, daß anstelle einer Behandlung in einer Einrichtung der Bundeswehr behandlungsbedürftige Soldaten an zivile Praxen verwiesen werden mußten?
7. Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, die notwendigen Einberufungen von wehrpflichtigen Zahnärzten bislang nicht vorzunehmen, und was gedenkt sie zu unternehmen, um diesen derzeit unbefriedigenden Zustand in der zahnärztlichen Versorgung der Bundeswehr zu beseitigen?

8. In welchem Umfang treffen Angaben zu – wie im Bericht des Wehrbeauftragten (Drucksache 8/3800) zugrunde gelegt –, wonach 66 v. H. des Personalbedarfs an länger dienenden zahnärztlichen Sanitätsoffizieren nicht gedeckt ist?
9. Wie viele länger dienende zahnärztliche Sanitätsoffiziere haben in den vergangenen vier Jahren ihr Dienstverhältnis bei der Bundeswehr beendet, und in welchem Umfang ist dies darauf zurückzuführen, daß die zahnärztlichen Sanitätsoffiziere gegenüber ihren ärztlichen, veterinärärztlichen und pharmazeutischen Kollegen schlechtere Laufbahncancen haben?
10. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um für die verschiedenen Laufbahngruppen innerhalb des Sanitätsdienstes gleichartige Berufschancen herbeizuführen und damit zu einer besseren zahnärztlichen Versorgung der Bundeswehr beizutragen?
11. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich der zahnärztlichen Versorgung im Spannungs- und Verteidigungsfall?

Bonn, den 16. Mai 1980

Frau Dr. Neumeister

Biehle

Damm

Löher

Stahlberg

Würzbach

Dr. Hammans

Lampersbach

Frau Hoffmann (Hoya)

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion